

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft  
*The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics*

Giersch, Herbert

Working Paper

## Perspektiven der Weltwirtschaft

Kiel Working Papers, No. 212

**Provided in cooperation with:**  
Institut für Weltwirtschaft (IfW)



Suggested citation: Giersch, Herbert (1984) : Perspektiven der Weltwirtschaft, Kiel Working Papers, No. 212, <http://hdl.handle.net/10419/46738>

**Nutzungsbedingungen:**

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

**Terms of use:**

*The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at*

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>  
*By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.*

# Kieler Arbeitspapiere Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 212

Perspektiven der Weltwirtschaft

Herbert Giersch

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

ISSN 0342 - 0787

Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel  
Düsternbrooker Weg 120  
2300 Kiel 1

Arbeitspapier Nr. 212

Perspektiven der Weltwirtschaft

Herbert Giersch

Oktober 1984

A 94381 / 84 Weltwirtschaft  
Kiel

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere  
ist der jeweilige Autor allein verantwortlich, nicht  
das Institut.

Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung  
handelt, wird gebeten, sich mit Anregung und Kritik  
direkt an den Autor zu wenden und etwaige Zitate vorher  
mit ihm abzustimmen.

## PERSPEKTIVEN DER WELTWIRTSCHAFT

### I Vorspann

1. Die Perspektiven, die hier aufzuzeigen sind, beziehen sich auf die Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Aufgabe verlangt eine Retrospektive und dazu den Versuch, die Gegenwartslage so zu erfassen, daß die Kräfte des Antriebs und der Regeneration in den wichtigsten Regionen ins Blickfeld gelangen, aber auch die Hemmnisse und Beharrungstendenzen, die hier und dort am Wirken sind. Zu diesen Tendenzen gehört auch die Wirtschaftspolitik, möglicherweise sogar das Denken im Bereich der Wirtschaftswissenschaft.

2. Derart umfassend gesehen verlangt die Aufgabe zugleich mehr und weniger, als ein numerisches Weltmodell leisten kann: mehr an positivem Erklärungswert und wirtschaftspolitischer Relevanz, weniger an formaler Geschlossenheit und analytischer Eleganz. Deshalb setze ich auf Relevanz, statt auf Eleganz. Methodologisch ignoriere ich die engen Regeln mechanistischen Denkens, indem ich mich auf Paul Feyerabend (1975) berufe: "anything goes". Brauchbar ist das Ergebnis nur, wenn es überzeugt. Das Überdenken, zu dem das Referat herausfordert, mag der Gesamt-sicht gelten, aber auch der Evidenz, aus der sich diese Sicht ergibt.

Ich gebe zu, daß meine Sichtweise subjektiv ist, angelehnt an Thünen und Schumpeter, was viele nicht überraschen wird (Giersch 1984). An Evidenz berücksichtige ich, offengestanden, was zu dieser Sichtweise paßt. Wer ein anderes Paradigma hat und mit diesem das Geschehen besser zu erfassen glaubt, muß Paradigma und Evidenz zugleich angreifen. Dies ist Kuhn (1962) und McCloskey (1983) in einem. Aber nur die künftige Geschichte der Weltwirtschaft selbst kann darüber entscheiden, ob die Sichtweise und die Wahl der Evidenz, zu der ich mich hier bekenne, ihren Alternativen überlegen ist.

## II. Nordamerika, Europa und Japan gestern und morgen

3. Als der zweite Weltkrieg endete, dominierte unter Amerikas Ökonomen noch die Stagnationsthese. Marxisten drüben und hier sahen sich bestätigt in dem Gedanken, den Marx und Engels hundert Jahre zuvor in der Auslaufphase der industriellen Revolution gewonnen hatten. Selbst Schumpeter, der die Chance für eine neue lange Aufschwungsphase im Sinne von Kondratieff und Spiethoff zu ahnen schien (Schumpeter 1939), neigte in der berühmten Harvard-Diskussion mit Sweezy zu der Auffassung, die kapitalistische Wirtschaft sei krank und gehöre ins Sauerstoffzelt der staatlichen Fürsorge und Vorsorge, sei es zur Regeneration, sei es zum bloßen Überleben. Doch statt des allseits befürchteten Rückfalls in die Depression der dreißiger Jahre brachte das Kriegsende den Aufbruch in ein Vierteljahrhundert ungeahnten Wachstums mit einem Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens von jährlich über vier Prozent.

4. Worin liegt die Erklärung dafür? In der Rhetorik der Stagnationstheorie von damals kann man folgendes sagen:

Erstens: Keynes' "psychologisches Gesetz" von der abnehmenden Verbrauchsquote erwies sich als falsch, und zwar nicht nur wegen Duesenberrys Einwand (1948), sondern auch wegen der Produktinnovationen, zu denen die monopolistische Konkurrenz als Qualitätskonkurrenz antreibt, letztlich aber auch wegen der Entwicklungsfähigkeit der menschlichen Bedürfnisse an sich, wie sie schon Menger (1871) betont hatte. Doch feiert das pseudo-psychologische Gesetz in der gegenwärtigen Stagnationsphase fröhliche Urständ in einer neuen Sättigungsthese.

Zweitens: Die Furcht, die Wirtschaft werde in Stagnation verharren, wenn das Bevölkerungswachstum nachlasse, konnte ohnedies nur im Verein mit dem "psychologischen Gesetz" von Keynes relevant sein, wurde aber gegenstandslos schon deshalb, weil es zunächst zu Wanderungen kam und dann zum Baby-Boom, ganz abgesehen von der Explosion der Bevölkerung in der Dritten Welt, auf die hier auch für die Zukunft nur hingewiesen werden kann.

Drittens: Die These von den technologischen Grenzen, die der dritte Pfeiler der alten Stagnationsthese war, erwies sich als falsch für Amerika; auf die Welt bezogen war sie schlicht provinziell. Sie übersah die Erfindungskraft der wettbewerbsintensiven sozialen Atmosphäre in der amerikanischen Zivilisation, aber auch die Chancen der internationalen Wissensausbreitung nach Westen wie nach Osten. Und sie ignorierte den internationalen Technologietransfer, neben

dem pazifischen auch den transatlantischen, in das alte Europa, das wie Japan zur Absorption fähig und voll bereit war, auch wenn sich hier bisweilen emotionaler Widerstand als Anti-Amerikanismus zeigte.

Viertens: Als weltwirtschaftlich engstirnig schließlich erwies sich die vierte Behauptung, mit dem Ende der räumlichen Expansion in den Westen der Vereinigten Staaten sei die amerikanische Wirtschaft an die Grenzen ihres Wachstums gestoßen. Vor dem Hintergrund dieser These wird deutlich, was Amerika und Europa der Liberalisierung und der Internationalisierung des Wirtschaftsgeschehens zu verdanken haben, vom Abbau der Handelschranken, dem Sinken der Transportkosten und dem Senken der Zölle über die (in Bretton Woods 1944 nicht vorhergesehene) Kapitalmobilität bis hin zur Ausbreitung internationaler Unternehmen, die den Wissens- und Kapitaltransfer über die Grenzen unternehmensintern besorgen. Und wer von den Stagnationisten der dreißiger und vierziger Jahre hat auch nur geahnt, was die wirtschaftliche Renaissance im Raum der Bundesrepublik für Europa und was der Aufstieg des geschlagenen Japan für Asien und die Weltwirtschaft bedeuten würde? Niemand.

5. Warum diese Beschleunigungsphase der weltwirtschaftlichen Entwicklung Anfang der siebziger Jahre zu Ende ging, ist eine fundamentale Frage für den Ausblick in die Zukunft. Die allgemeine Antwort lautet: vieles von dem, was beim Beschleunigen hilfreich war, erschöpfte sich und kehrte sich ins Gegenteil um, und zwar auf der Nachfrageseite wie auf der Angebotsseite.

Erstens: Was die Nachfrageseite anlangt, so erlebten wir zunächst den Triumph des Keynesianismus, der die sechziger Jahre zum "Zeitalter des Ökonomen" (Heller 1966) machte. Aber als man – erfolgsbedingt – die Erwartungen immer höher schraubte, das Stützen der Nachfrage im Rezessionsfalle zum Vollbeschäftigungsversprechen erweiterte und aus diesem dann die Erwartung ableitete, man werde die Arbeitsplätze von Staats wegen konkret sichern – sektoral, regional, unternehmensspezifisch und vielleicht gar individuell –, mußte Nachfragepolitik zur Inflationspolitik degenerieren. Mit der Zeit und in der Übertreibung wurde ein Medikament, das ein Hochgefühl brachte, kontraproduktiv und kontraindiziert. Die neuen Ärzte, die man zu Rate zog, konnten nur ein monetaristisches Entwöhnungsprogramm anbieten und eine langwierige angebotsorientierte Konstitutionstherapie, die so lange unpopulär bleiben muß, bis die Zwangsentwöhnung durch Erfolge vom Patienten verinnerlicht wird.

Zweitens: Nachfrageseitig mag auch von Belang sein, daß man allenthalben mehr Sozialstaat zum Zuge kommen ließ. Es herrschte sozialer Friede im Zeichen des sozialdemokratischen Konsenses. Aber die Expansion des Sozialstaates mußte Schritt für Schritt – wenngleich nicht sofort – das natürliche System der Leistungsanreize schwächen und das Motivationsniveau der Bevölkerung unter seinen natürlichen Wert – den manche für zu hoch halten mögen – senken. Zuviel Nachfragedruck, kombiniert mit Sicherheitsversprechen, erzeugt Antriebsschwäche. Das Umdenken – vom Sicherheitsanspruch an das Kollektiv zur Selbstverantwortlichkeit in einer Welt der Ungewißheit –



erfordert offenbar jetzt doch mehr Zeit, als ein konjunktureller Aufschwung gewährt.

Drittens: Auf der Angebotsseite im engeren Sinne half – außer der Integration der Industriegütermärkte – zunächst vor allem die Elastizität all dessen, was der Produktionsfaktor Boden hergibt: Überraschend schnell stiegen die Flächenproduktivität und die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft der Industrieländer, und überreichlich entfaltete sich das Angebot an Rohstoffen und Erdöl zu sinkenden realen Preisen, vor allem nach der Korea-Hausse. Dies erlaubte den geradlinigen Marsch in eine rohstoff- und ölintensive Zivilisation. Es brachte für die Industrieländer den populären Vorteil, daß man sich – statt auf die Rohstoff- und Energieproduktivität – auf den Anstieg der Arbeitsproduktivität konzentrieren konnte. Als sich die Grenzen erahnen ließen und es populär wurde, vom Plündern des Planeten zu reden, kam es zur Revolte der Umwelt im Bewußtsein der Menschen und zum Rohstoff- und ölschock in der Hochkonjunktur von 1973. Seither ist der keynesianische Populismus auf dem Rückzug. Wachstum und Wohlfahrt, Sicherheit durch Sozialstaat und viel Lohn ohne Leistung passen nicht mehr zu den Knappheitsverhältnissen.

Viertens: Der Produktionsfaktor Arbeit trug vor allem in Europa zum Beschleunigungsprozeß nach 1945 bei. Als die politisch bedingte Ost-West-Wanderung in den Raum der Bundesrepublik nach 1961 zum Stillstand kam, war es der Süd-Nord-Strom der Gastarbeiter, der für berufliche Flexibilität und räumliche Anpassungsbereitschaft sorgte und der den Arbeit besitzenden Inländern den besseren Teil der Mobilität überließ: die

vertikale Mobilität als Aufstieg im System. Dies trug dazu bei, daß die Tariflöhne real nicht stärker nach oben getrieben wurden, als der Anstieg der Arbeitsproduktivität es beschäftigungsneutral zuließ. Außerdem gab es einen positiven Terms of Trade-Effekt als Zuschlag auf den beschäftigungsneutral verteilbaren Zuwachs der Arbeitsproduktivität. Aber als sich nach dem Pariser Mai 1968 die Konfliktbereitschaft erhöhte, bahnte sich die Wende an der Lohnfront in ganz Europa an. Es kam zur massiven Verteuerung des Produktionsfaktors Arbeit, die ihren Höhepunkt bei uns 1974 erreichte, gerade zu der Zeit, als mit dem Engpaß beim Faktor Boden der Terms of Trade-Effekt negativ wurde. Der Anwerbestopp für Gastarbeiter mag die Lohnwelle verstärkt haben. Seitdem herrscht im Industriekern Europas klassische Arbeitslosigkeit, verstärkt vielleicht durch eine lohnbedingte Rationalisierungs-Arbeitslosigkeit, wie sie im Deutschen Reich schon die späten zwanziger Jahre gekennzeichnet hatte.

Fünftens: Der Produktionsfaktor Kapital schließlich erwies sich in den fünfziger und sechziger Jahren allenthalben als so wachstumsträchtig, daß mit einem mechanistischen Weltbild à la Harrod und Domar bequem zu leben war, in Europa natürlich auch dank des unbegrenzten Arbeitskräfteangebots, sozusagen der Arthur Lewis-Komponente. Aber seit sich Boden und Arbeit kräftig verteuerten, gab es den Fall der Profitrate, die Investitionsschwäche und das Defizit an hinreichend rentablen Arbeitsplätzen. Zwar brachte der Ölschock einen Prozeß des Zwangssparens mit sich – heteronomes Sparen, wie Preiser gesagt hätte –, aber was unter solchem Zwang so schnell entsteht, wird leichtfertig auch in falsche Kanäle gelenkt. Das Stichwort hieß Recycling. Verbunden damit war die

Überschuldung solcher Länder, in denen Regierungen glaubten, die Weltwirtschaft könne ihnen die Wohltat eines negativen Realzinses auch auf Dauer bieten. In Europa verleitete ein inflationsgedrückter Realzins zur Produktion von Betongold, das sich später als Wohnungshalde und öffentliches Konsumkapital mit drückenden Folgelasten entpuppte. Auch muß man sagen, daß in Europa von dem Produktivkapital, das die Unternehmen investierten, zuviel dazu verwendet wurde, um bedrohte Arbeitsplätze zu sichern, und zuwenig, um die Zahl der Arbeitsplätze zu vermehren. So gesehen ist die klassische Arbeitslosigkeit in Europa eine Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit, bedingt durch verzerrte Faktorpreisrelationen.

Sechstens: Technologisch hatte Europa - wie auch Japan - nach 1945 die Chance des billigen Imports bewährter Technologien für den Aufbau oder Wiederaufbau der klassischen Industrien. Von technologischem Rückstand, der durch Aufholen nicht neutralisiert wird, ist in Europa begründet erst seit Mitte der siebziger Jahre die Rede, die Automobilindustrie, die Elektromedizin, Maschinen- und Anlagenbau und manches Nischen-Unternehmen ausgenommen. Japan scheint den Übergang von der Imitation zur Innovation auf einigen Gebieten besser vollzogen zu haben. Indessen mangelt es, von der Technik her gesehen, an zukunftssträchtigen Investitionsprojekten weder hier noch dort. Bedrückend ist, was Europa anlangt, vielmehr die Technik-Feindlichkeit weiter Kreise; doch gilt diese Aversion wohl eher den Großtechnologien als jenen Innovationen in überschaubaren Schritten und auf breiter Front, die aus dem wirtschaftlichen Wettbewerb kommen und daher geeignet sind, die Lebensqualität zu verbessern.

6. Fazit: nichts ist von Dauer, und aus einem gleichzeitigen Zusammentreffen günstiger Umstände wird, weil es anscheinend so schwer fällt, sich antizyklisch zu verhalten und das Glück durch Tüchtigkeit und Bescheidenheit zu stabilisieren, sehr leicht ein verhängnisvoller Zirkel von relativer Stagnation, hoher Arbeitslosigkeit, funktionslosen Verteilungskämpfen, Fortschritts-Aversion und wirtschaftspolitischer Desorientierung. Wer im kurzfristigen Auf und Ab der Konjunktur mehr zu sehen gewohnt ist als ein Schwanken in der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, wird - wie im Analogfall der Konjunkturkrise - keine Schwierigkeit haben, die Stockungsspanne, in der wir seit einem Dutzend Jahren leben, als Krise in der Koordination der wirtschaftlichen Aktivitäten zu diagnostizieren.

7. Von den drei Wachstumslokomotiven, die die Weltwirtschaft durch ihre Antriebskräfte auf der Angebotsseite aus der relativen Stagnation herausziehen können, ist das industrielle Europa die schwächste, Nordamerika die stärkste. Die U.S.A. haben gegenüber Europa einen Vorsprung in der Regeneration der Wachstumskräfte, der nach meinem Urteil mehr als ein halbes Jahrzehnt ausmacht, selbst wenn wir uns sehr beeilen. Die wichtigsten Gründe sind:

Erstens: Der Arbeitsmarkt drüben hat auf die demographische Entwicklung und auf die Verteuerung der natürlichen Ressourcen (Faktor Boden) mit der richtigen Flexibilität der Reallöhne nach unten reagiert, auch wenn diese auf einer Inflexibilität der Nominallohne bei Inflationsstößen beruht (Schultze 1984). Jedenfalls hat das System der Reallöhne drüben - im Gegensatz zu Europa -

eine kräftige Zunahme der Erwerbsquote zugelassen. Die Beschäftigung nahm in den U.S.A. in den letzten zehn Jahren um 1,4 Prozent pro Jahr zu, während sie in der Europäischen Gemeinschaft sogar um jährlich 0,3 Prozent zurückging (Emerson 1984). Selbst im Rezessionsjahr 1982 waren in den U.S.A. von den Einwohnern im erwerbsfähigen Alter prozentual ebensoviele Personen beschäftigt wie im Hochkonjunkturjahr 1929 (Moore 1984).

Zweitens: Die Arbeitsproduktivität hat in den U.S.A. nach 1973 durchaus beschäftigungskonform, d.h. nur schwach, zugenommen, verbunden allerdings mit einem sehr bescheidenen Zuwachs der Kapitalintensität (0,7 Prozent pro Jahr), während Europa als Folge des Lohndrucks übermäßig viel Kapital für Defensivzwecke aufgewandt hat (und zwar mit einem Anstieg der Kapitalintensität um jährlich 3 Prozent), und dies, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern, statt neue zu schaffen (Emerson 1984). Drüben gibt es deshalb auch keinen Anlaß, die Arbeitslosigkeit mit einer Scherentheorie zu erklären und zu ihrer Bekämpfung die Arbeitszeit zu rationieren.

Drittens: Die Löhne sind drüben real so niedrig, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals im produktiven Sektor, also beim Schaffen von Arbeitsplätzen, noch über dem liegt, was die Finanzmärkte an Realzinsen bieten. So ist es auch für Europas Kapitaleigner attraktiver, in Amerika statt in Europa beim Schaffen von Arbeitsplätzen mitzuwirken, direkt oder indirekt. Europas Arbeitslose liegen da viel schlechter im Rennen (Fußnote 1). Business unions meinen stets "business", europäische Arbeitnehmerorganisationen manchmal auch "Klassenkampf".

Viertens: Amerikas Märkte haben niedrige, Europas Märkte häufig hohe Zugangsbarrieren für die potentielle Konkurrenz der Arbeitslosen und der Außenseiter-Unternehmer. Märkte, die drüben seit Carters Präsidentschaft entreguliert wurden (Straßengüterverkehr, Luftverkehr), sind hier in Europa nach wie vor zementiert, und zwar trotz aller Bekenntnisse zu einem gemeinsamen Markt. Im Gegensatz zu Europa haben wagnisfreudige Jungunternehmer drüben auch dann noch neue Chancen, wenn sie beim ersten oder zweiten Versuch mit ihrem Scheitern hohes Lehrgeld zahlen mußten (Birch 1984b).

Fünftens: Weil drüben der Technologietransfer von den Zentren der Wissenschaft zu den Anwendern im Unternehmensbereich reibungslos funktioniert, oft im engen räumlichen Verbund, entwickelt die amerikanische Wirtschaft starke Antriebskräfte auch im technologischen Spitzenbereich, ohne daß dazu krampfhaftes Regierungsinterventionen erforderlich wären.

Sechstens: Europas Bevölkerung hat, vielleicht mit Ausnahme Frankreichs und der Mittelmeerländer, größere emotionale Hemmschwellen gegenüber Fortschritten im Bereich jener Technologien, deren ethische und gesellschaftspolitische Folgen nach europäischem Verständnis zuvor bedacht werden sollten. Es ist dieser Unterschied im Zukunftsoptimismus, der den alten Kontinent eher auf den zweiten oder dritten Platz verweist. Zwar lassen sich, wenn technologische Wenden vollzogen sind, auf diesen Plätzen zweit- bis erstbeste Präzisions- und Verfeinerungsprämien verdienen,

vor allem nach Abzug der Risiken, die der Vorreiter in viel größerem Maße in Kauf nehmen muß. Aber während die U.S.A. schon in der Wende sind, scheint Europa sich ihr erst noch zögernd zu nähern. Mehr als diese Metapher gibt der gegenwärtige Erkenntnisstand wohl nicht her.


Siebentens: In der Wende bereits befindet sich Europa mit den Fortschritten, die es beim Abbau der überhöhten Staatsquote erzielt hat oder anstrebt, noch weiter zurück - kurz vor einer zaghaften Wende - ist es bei der Inspektion und Reparatur des Agrar- und Sozialsystems.

Achtens: Die Anreizstruktur ist in den U.S.A. für Beschäftigung und Wachstum viel förderlicher als in Europa. Hier gibt es Anreize für den Vorruhestand, dort, wo immerhin noch 20 Prozent der Männer über 65 Jahre zu den Erwerbstätigen gehören, ein Heraufsetzen der Altersgrenze auf 70 Jahre (Newsweek, January 17, 1983). Hier verkürzt man die Wochenarbeitszeit (ausgenommen die Schweiz), drüben ist die Arbeitswoche länger als je nach 1945 (Balassa 1984). Die Progression des Steuersystems, die nach amerikanischen Berechnungen das Arbeitsangebot merklich vermindert (Hausman 1981), ist drüben durch eine mutige Reform entschärft worden, während in Europa die Diskussion darüber gerade erst begonnen hat.

8. Japan bleibt Asiens Wachstumslokomotive. Es hat in hundert Jahren soviel erreicht, wie sein Vorläufer Europa in zweihundert Jahren geschafft hat. Sein Eintritt in die Weltwirtschaft brachte - ähnlich wie das deutsche Wirtschaftswunder - einen unerwarteten Zuwachs an Angebot und Nachfrage zugleich, vor allem für die Nachbarländer Hong-Kong, Südkorea und Taiwan, aber auch für Singapur und die anderen Länder der ASEAN-Gruppe. Japan wurde zwar als bevölkerungsreiches und rohstoffarmes Land von der Verteuerung der natürlichen Ressourcen besonders hart getroffen, aber es hat auch erstaunlich elastisch darauf reagiert - auf dem Arbeitsmarkt wie die U.S.A., auf den Exportmärkten wie die Bundesrepublik in ihren besten Jahren. Im Technologie-Bereich ist Japan bei der Verfeinerung des Kraftfahrzeugs Europa auf den Fersen und bei der Produktion und Anwendung der Mikroelektronik voraus (Fußnote 2). Die Kreativität, die zur Rolle des Spitzenreiters gehört, wird Japans Wirtschaft in der Regel abgesprochen, aber solche genetisch orientierten Thesen leisten vielleicht nicht mehr, als Europa zur Stärkung seines angeschlagenen Selbstvertrauens braucht. Dank seiner Lernbereitschaft hat Japan sicher gute Chancen, auch im Bereich der Biotechnologie (Fußnote 3) nahe an uns heranzukommen, obwohl Europas hochentwickelte Chemie und Pharmazie dem alten Kontinent hier noch lange Zeit die bessere Ausgangsbasis bieten dürften.



9. Als Zwischenergebnis sei festgehalten, auch wenn es nur ein selektiv gestütztes und daher leicht anfechtbares Vorurteil sein mag, daß sich weltwirtschaftlich eine Wende zum Besseren anbahnt. Sie nimmt ihren Ausgang von den Vereinigten Staaten, wird wohl am ehesten auf Japan und die Länder in Fernost übergreifen und - hoffentlich schon gegen Ende des Jahrzehnts - voll auch Europa erfassen. Daß die U.S.A. eher zu einem Defizit als zu einem Überschuß in der Leistungsbilanz neigen werden und daß, gemessen an diesem Defizit, der Dollar recht hoch bewertet bleiben wird, paßt genau ins Bild. Der hohe Dollarkurs setzt die nachhinkenden Industrien in den U.S.A. unter Wettbewerbsdruck und kommt den Exportbereichen in Europa und Japan zugute. Durch die niedrigere Bewertung europäischer Arbeit und europäischer Standorte kann sich der Kontinent für das internationale Kapital wieder attraktiver machen; zunächst wohl nur dadurch. Und noch niedriger bewerten lassen müssen sich die Ressourcen in den weiter zurückgebliebenen Ländern, damit sich der private Ressourcentransfer vom reichen Norden zum armen Süden wieder einspielt und dann beschleunigt.



### III Perspektiven für den Handel

10. Als der Dollar in den fünfziger und sechziger Jahren überbewertet zu sein schien – wie heute –, erwiesen sich die U.S.A. als das große schwarze Loch der Weltwirtschaft für die traditionellen Exporte. Gleichzeitig leisteten sie ihren vollen Beitrag zum internationalen Ressourcentransfer im Bereich der Technologie und der Direktinvestitionen. Wenn sich heute eine ähnliche Entwicklung für die Zukunft abzeichnet, so ist dies positiv zu bewerten. Kritik ist nur insofern angebracht, als Amerika als reiches Land eigentlich die Aufgabe hätte, Kapital zu exportieren (Giersch 1980). Aber die Norm des Eigentlichen gilt nur für einen Länder-Beleitzug, der sich in voller Fahrt befindet, nicht für ein System, das von vorne her beschleunigt werden muß. Wenn Beschleunigung gefragt ist, hat das Flaggschiff voranzueilen, auch dadurch, daß es sich verschuldet, und dies aus Stärke, um ein bereitstehendes Unternehmerpotential zu nutzen. Die Konzentration auf das Haushaltsdefizit der U.S.A. trübt den Blick für das Wesentliche. Besser als auf das Defizit zu starren wäre es für Europa, wenn wir die Unternehmens- und Arbeitsmarktdynamik in den U.S.A. als Triebkraft für den Kapitalimport interpretierten und imitierten und wenn wir in dem hohen Dollarkurs einen Mechanismus sähen, mit dem die Grenzleistungsfähigkeit der Investitionen bei uns und anderswo an das amerikanische Niveau herangeführt wird. In dieser dynamischen Sicht ist es so, daß die U.S.A., indem sie Kapital importieren, nachfrageinduzierende Antriebskräfte exportieren.

11. Länder, die den Ressourcentransfer in ein reicheres Land ablehnen, können diesen importierten Antrieb leicht durch Eigenantrieb ersetzen, indem sie ihrerseits die unternehmerischen Kräfte entfesseln - durch Abbau aktivitätshemmender Restriktionen und Steuern und durch Lohnflexibilität, die die inländischen Arbeitsplätze für das mobile Kapital attraktiver macht. Aber wenn man auf dem alten Kontinent zögert, Eurosklerose in dieser wettbewerbskonformen Weise zu bekämpfen, darf man sich nicht wundern, daß der Antrieb von der Exportnachfrage kommt und mit Ressourcen-Entzug bezahlt werden muß. Von vielen Ökonomen, die es besser zu wissen glauben als der Markt, wird das derzeitige Wechselkurssystem hartnäckig kritisiert; aber wenn man bedenkt, daß die sogenannte Überbewertung des Dollar zusammen mit dem U.S.-Leistungsbilanzdefizit geeignet ist, für die überschuldeten Länder das Transferproblem zu erleichtern, das in der Zwischenkriegszeit so schwer auf den internationalen Wirtschaftsbeziehungen lastete, kommen doch mehr hoffnungsvolle Elemente in die weltwirtschaftliche Zukunftsperspektive. Zumindest kann diese alternative Sicht helfen, der Weltwirtschaft einen intellektuellen Nervenzusammenbruch zu ersparen.

12. Die Gefahr einer solchen Krise, die durch Desorientierung, Panik und protektionistische Defensivreaktionen - wie vor fünfzig Jahren - nur verschärft werden kann, ist in diesen achtziger Jahren noch nicht gebannt. Sie lauert besonders im nächsten und übernächsten Jahr, sollte der Konjunkturaufschwung, der von den U.S.A. seinen Ausgang nahm (und dort von Dezember 1982 bis Juni 1984 über 6 Millionen Menschen zusätzlich in Beschäftigung brachte - Business Week, July 23, 1984), ein zu abruptes Ende finden.

Der Ausfall an Exportnachfrage würde wohl vor allem Europa und Latein-Amerika treffen, wo der Motor der autonomen Investitionen stottert, diesseits des Atlantik übrigens zunehmend auch im Bereich der Bautätigkeit, zumal die öffentlichen Investitionen noch nicht wieder zu Ansehen gelangt sind.

13. Im Rückblick muß man bedauern, daß es auf den Wirtschaftsgipfeln zuviele Wolken gab und offenbar keine Radarschirme, die Weitblick gewährt hätten. Staatsmänner, wie man sie sich wünschen sollte, hätten, statt über Zinsen zu lamentieren, die große Produktivitätsquelle einer weltweiten Liberalisierung erkennen müssen. Hier gab es die Chance, eine sich entfaltende monetäre Nachfrage auf ein Angebot stoßen zu lassen, das sich schnell erweitert und so dafür gesorgt hätte, daß die Expansion für lange Zeit nicht durch Engpässe, Disproportionalitäten und Inflationsfurcht gebremst wird. Historisch gesehen geht es darum, die Fehler der Zwischenkriegszeit zu vermeiden. Zwar muß man die große Liberalisierung nach 1945 für das, was sie für den Anstieg des Lebensstandards gebracht hat, auch für sich genommen voll würdigen, aber sie war eben auch die Umkehr der großen Kontraktion und Desintegration, die zuvor in der Krise stattgefunden hatten. Worum es heute geht, ist eine Liberalisierung, die uns die Kontraktion erspart, eine handelspolitische Reorientierung, die sich aus Einsicht ergibt, nicht aus einer krisenhaften Desorientierung zuvor.

14. Nach 1945 lehrte mit der Zeit die Erfahrung, daß bei kräftigem Wachstum, an das man zu glauben begann, der liberalisierungsbedingte Strukturwandel problemlos im Bereich des Neuzuwachses vonstatten gehen könne. Das machte das Liberalisieren leichter. Außerdem brachte Europas Wiederaufbau zunächst nur wenig mehr als eine Rekonstruktion des Alten - mit Kohle und Stahl als Basis, mit Wohnung und Bekleidung und mit Straßen-, Fahrzeug- und Maschinenbau als weiterverarbeitende Bereiche, in denen die intra-industrielle Arbeitsteilung, um die es vornehmlich ging, sich leicht entfalten konnte. Im übrigen zeigte sich Amerika hilfsbereit, und von Fernost und den Schwellenländern war noch keine Rede.

15. Dies alles ist heute anders. Mehr und mehr Produktionsbereiche genießen den staatlichen Schutz als eine Altersrente, die den Lebensabend verlängert. In den U.S.A. hat von Kennedy bis Reagan jeder Präsident - mit Ausnahme von Ford - Schutzversprechen gegeben und eingehalten - für Textilien und Schuhe, für Fleisch und Stahl, für Zucker und Kraftwagen (Business Week, July 16, 1984). In Europa ist der Protektionismus binnenwirtschaftlich tief verwurzelt, bedingt durch die Immobilität der Arbeitskräfte, die Segmentierung des Arbeitsmarktes, die Nivellierung der Löhne auf überhöhtem Niveau und ein Sozialstaatsdenken, das sich in einem Sperrklinken-Recht auf die erreichten Arbeits- und Lohnbedingungen ausprägt. Hinzu kommen die vielen binnenwirtschaftlichen Zugangsbarrieren, die auch solche Märkte blockieren, die zum Ausgleich expandieren könnten und sollten. Ja, wir wissen noch nicht einmal genau, was einerseits expansionsträchtig ist und andererseits dahinschrumpfen

muß, solange wir den Marktkräften die Probe aufs Exempel verwehren.  
 Es trifft ja wohl auch zu, daß es selbst in altersschwachen Branchen  
 manche Unternehmen gibt, die zwar ganz vital sind, die aber um des  
 guten Einvernehmens willen nicht aus der protektionistischen Reihe  
 tanzen wollen, wenn es darum geht, das öffentliche Mitleid zu  
 erregen und um ökonomische Renten zu betteln. Europessimismus  
 und Eurosklerose bedingen sich gegenseitig – zum Nachteil der  
 Verbraucher und Steuerzahler bei uns, zum Nachteil der  
 Aufholländer, die uns Zinsen und Tilgungsraten schulden. Der  
 internationale Handel, eigentlich eine Quelle des Reichtums,  
 erscheint als Job-Killer, weil man alternative  
 Arbeitsmöglichkeiten verschlossen hat und diese deshalb nicht  
 erkennen kann. Nicht das, was Arbeit einspart, wird für gut  
 befunden, sondern das, was Arbeit macht, auch wenn es ökonomisch  
 sinnlose Arbeit ist. Für manche Beobachter mag es so aussehen,  
 als hätten wir – wie in den frühen dreißiger Jahren – eine  
 keynesianische Situation, für die ein Multiplikatorprozeß  
 – ausgelöst durch eine bloße Liquiditätsspritze oder eine  
 fiskalpolitische Initialzündung – zur Korrektur genügt. Aber anders  
 als damals fehlt es heute in Europa an den relevanten  
 Produktionsstätten; relevant heißt heute: sie müssen mehr von  
 jenem Besseren und Neuen erzeugen können, das zusätzlich  
 nachgefragt wird und angeboten werden kann, wenn wir uns durch  
 einen Sprung nach vorn dem Wettbewerbsdruck der Aufholländer  
 entziehen wollen. Und außer diesem Sachkapital-Engpaß gibt es  
 wahrscheinlich noch einen latenten Mangel an hochqualifizierten  
 Arbeitskräften. Gefragt ist deshalb nicht ein  
 Einkommensmultiplikator, sondern ein Spar- und  
 Investitionsstimulator, der zu den hohen Realzinsen paßt, aber

auch ein größerer Anreiz zum Bilden anwendbaren Humankapitals im Wirtschaftsleben selbst.

16. Europa und die Weltwirtschaft aus der Verkrampfung des Binnen- und Außenprotektionismus zu lösen und beschleunigt in den circulus virtuosus einer neuen internationalen Arbeitsteilung hineinzuführen, wäre sicher einige Gipfeltreffen wert. Dabei ginge es jedoch nicht um die (immer wieder geforderte) Übereinkunft über eine (unpraktikable) Feinabstimmung der Geld- und Fiskalpolitik, sondern um einen Rütli-Schwur gegen die nationalen Interessengruppen. Deshalb sind zunächst GATT und OECD gefordert, Weltbank und Internationaler Währungsfonds erst in zweiter Linie, und dies vor allem mit Blick auf die Entwicklungsländer.

17. Wenn hier (unter dem Stichwort "Rütli-Schwur") ein gemeinsames Vorgehen und eine konzertierte Selbstbindung zugunsten von mehr Freihandel vorgeschlagen wird, so mag dies zunächst etwas paradox klingen. Denn das Gegenteil von Freihandel - also Protektion - ist im Verständnis der Wohlfahrtsökonomie langfristig nichts anderes als eine national-ökonomische Selbstpeinigung, mit der man aufhören kann, ohne ein Partnerland zu fragen. Aber im Gegensatz zur Wohlfahrtsökonomie, die das Gemeinwohl mit dem diffusen Konsumenteninteresse gleichsetzt, zählen im politischen Kräftespiel die geballten Interessen der Produzenten, wie auch die Public Choice-Theorie lehrt. Aus der Sicht der Produzenten vorteilhaft ist kurzfristig nur das Liberalisieren der Partner, das den Konsumenten auf der anderen Seite zugute kommt, während die eigene Liberalisierung politisch als Opfer gezählt wird, als Opfer zugunsten der Produzenten der anderen

Seite und der politisch irrelevanten Masse der Konsumenten im Inlande. Hieraus ergibt sich der politik-theoretische Sinn der internationalen Reziprozität. Das (hier vorgeschlagene) internationale Politiker-Kartell macht diese Reziprozität einigermaßen umfassend, so daß genügend inländische Exportinteressen angesprochen werden, die die Klagen der vom Importwettbewerb bedrängten Gruppen neutralisieren helfen. Im übrigen stärkt ein internationaler Schulterschluß den Mut zum Langfristdenken, das dem Gemeinwohl und dem Konsumenteninteresse des Wählervolks sehr wohl entspricht. Politiker, die sich gegenseitig verpflichtet haben, in diesem Sinne staatsmännisch zu handeln, riskieren auch im Inland einen Gesichtsverlust, wenn sie sich im Wettbewerb um partikuläre Produzentenstimmen international unglaubwürdig machen.

18. Die Zeit für einen weltweiten Liberalisierungsprozeß ist reif. In den U.S.A. vollzieht sich eine Wirtschaftsexpansion, wie sie nur von wenigen vorausgesehen wurde. Keynesianer sind überrascht, daß es vorangeht, obwohl die Zinsen real so hoch sind, Monetaristen fragen sich, warum die monetäre Expansion noch nicht den Preisauftrieb beschleunigt hat. Das Rätsel erklärt sich aus einer unerwarteten Flexibilität des Arbeitsmarktes. Aus ihr ergibt sich die Attraktivität der U.S.A. für ausländische Anleger, die dem Dollar real soviel an Stärke gegeben hat, wie er noch Mitte der fünfziger Jahre besaß, zu einer Zeit also, als man das Wechselkursgefüge im Gegensatz zu heute allenthalben für angemessen und stabil hielt und die U.S.A. die Triebkraft der Entwicklung in der Weltwirtschaft und der Handelspolitik darstellten. Der hohe Dollarkurs hilft in den U.S.A. das



Preisniveau stabilisieren und gibt Europas Industrien

- wie damals - die Chance des exportgetriebenen Wachstums, die man noch mehr nutzen könnte, ließe man sich nicht einreden, der Dollar sei nur aus kurzfristigen Gründen und daher nur temporär soviel wert, wie er unseren allzu mißtrauischen Produzenten heute einbringt. Alle Produzenten in der Welt haben ein Interesse daran, daß diese Expansion möglichst lange anhält; alle sollten deshalb dazu zu bewegen sein, dem Abbau von Restriktionen zuzustimmen, die das Angebot und den Wettbewerb einschränken. Wenn dies so ist, muß es bald realistisch erscheinen, daß der Wunsch dazu von Staatsmännern aufgegriffen und artikuliert wird. Wenn es im derzeitigen Aufschwung nicht mehr geschieht, gibt es eine ähnlich gute Chance wohl erst wieder drei oder vier Jahre später.

19. In welchen Einzelschritten der Außenprotektionismus abzubauen ist, mag je nach den Verhältnissen von Land zu Land anders entschieden werden. Als Vertragsinhalt genügt eine allgemeine Formel, die das Endziel definiert - sagen wir als Freiheit von explizitem und implizitem Zollschutz, also von Zöllen, quantitativen und anderen nicht-tarifären Import-Export-Beschränkungen und von außenhandelsrelevanten Subventionen - und die zudem im vorab festlegt, innerhalb welcher Periode und in welchem Rhythmus das Ziel zu erreichen ist. Ein Land, das mit seinem Beitrag im Rückstand ist, schließt sich für die Zukunft aus dem Liberalisierungs-Club aus, es sei denn, ein anderer Partner springt mit einer äquivalenten Vorleistung ein. Der Ausschluß wäre Diskriminierung, ja; aber ohne derartige Sanktionen käme die Bewegung aus innerer Schwäche zum Stillstand, stünden die Regierungen

fast nur unter dem Mitleidsdruck der Fußkranken und nicht auch unter dem Vorwärtsdrang derer, die in der Liberalisierung ihre Zukunftschance sehen. Zwar bewirkt die Bewegung auch eine Handelsumlenkung, die möglicherweise statische Effizienzverluste mit sich bringt. Doch lohnt es sich, diesen Preis an statischer Weltwohlfahrt zu bezahlen, weil er Drittländer veranlassen kann, dem Liberalisierungs-Club beizutreten. Und der Sog ist umso größer, je mehr sich der Club zu einer Zone beschleunigten Wachstums entwickelt und dadurch vermehrt Kapital attrahiert, möglicherweise auch in Kombination mit technischem Wissen.

20. Wichtigstes Problem für die Industrieländer allgemein ist in einer expandierenden Weltwirtschaft das importbedingte Absterben veralteter Industrien. Japan scheint Europa auch hier ein Beispiel gegeben zu haben (das zu erforschen auf der Agenda steht). Auf unserem alten Kontinent geht es aber vor allem darum, wie man den Regionen helfen kann, die den traditionellen Stahlgürtel bilden, der früher im Reichtum strahlte und jetzt zu rosten beginnt.

21. Eine Teilantwort hierauf ist die Regeneration des Regenerierbaren. Hilfreich sind hierbei Produkt- und Prozeßinnovationen, auch im Verein mit der Mikroelektronik, und das Dezentralisieren der Produktions- und Entscheidungsprozesse, wie sie die Kommunikationstechnologien ermöglichen. Gangbar ist auch der Weg von der Massenproduktion zur kundennahen Produktdifferenzierung. Er erschließt für Europa mit seinem vielfältigen Binnenmarkt sicher noch

erhebliche Standortvorteile, wie sie etwa die wettbewerbsintensive Automobilindustrie schon zu nutzen versteht, ansatzweise auch der Schiffbau auf den kleineren Spezialwerften. Was an alten Arbeitsplätzen abbruchreif ist, wird sich schon herausstellen. Aber wenn die internationale Liberalisierung mehr reale Nachfrageexpansion ohne Inflation ermöglicht, was ja das Ziel der ganzen Strategie ist, werden sich auch für die Arbeitskräfte auf traditionellen Arbeitsplätzen neue Chancen im Exportbereich eröffnen. Dazu zählt auch der Export in die Schwellenländer, aus denen der Verdrängungswettbewerb kommt. Chancen hat hier vor allem der stahlintensive Anlagenbau. Für das unternehmerische Wagnis gibt es auf diesem Gebiet ein weites Betätigungsfeld; einen direkten Handlungsbedarf für die Wirtschaftspolitik vermag ich nicht zu erkennen (wenn man vom Abbau der Importprotektion, der auf die Exportmärkte zwingt, einmal absieht).

22. Langfristig noch wichtiger als die Regeneration des Regenerierbaren ist die frühe Einsicht, daß sich ein Prozeß der schöpferischen Zerstörung wohl nicht vermeiden lassen wird. Die Wirtschaftspolitik könnte und sollte hier helfen, das Schöpferische, das im Schaffen hochwertiger alternativer Arbeitsplätze besteht, mit dem Zerstören zu synchronisieren, so daß die Suchprozesse für die Arbeitskräfte nicht mit einem Abwandern in prosperierende Regionen verbunden sein müssen. Dies ist natürlich kein Plädoyer für Subventionen und andere Defensivreaktionen, die ja wohl höchstens kurzfristig helfen und im Zweifel mehr auf das Erhalten obsoleter Kapital- und Bodenwerte zielen als auf die produktive Wertschöpfung. Vielmehr spricht

alles dafür, solche Hilfen Schritt für Schritt und vorangekündigt abzubauen und den Einsatz öffentlicher Mittel auf das zu begrenzen, was sozialpolitisch unabdingbar ist, etwa auf eine Vorruhestands-Regelung im Falle von Arbeitskräften, die mit ihrer Qualifikation keine alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Außer Betracht bleiben müssen bei einer regionalpolitischen Synchronisation des Prozesses der schöpferischen Zerstörung für absehbare Zeit auch kapitalintensive Infrastrukturmaßnahmen. Sie entsprechen zwar der traditionellen Regionalpolitik und empfehlen sich politisch, weil sie mit vermögenswirksamen Ausgaben einhergehen, die sich leicht als Zukunftsinvestitionen anpreisen lassen, aber es gibt Gründe für die Annahme, daß Kanäle und Tunnel, Straßen und Hafenanlagen im Zweifel eher zu den alten als zu den neuen Verkehrsbedürfnissen und Kommunikationstechnologien passen. Zudem muß auch bei öffentlichen Infrastruktur-Investitionen angesichts der Kapitalknappheit, die die hohen Realzinsen wohl noch für Jahre signalisieren werden, die soziale Grenzproduktivität mit spitzem Bleistift kalkuliert werden; hierbei darf eine hohe Einkommenselastizität der Nachfrage nicht in Zweifel stehen. In diesem Sinne ist wohl ein Umdenken in der Regionalpolitik unvermeidlich.

23. Die neue Richtung läuft parallel zum Konzept der internationalen Liberalisierung. Wir wissen aus den Erfahrungen vieler Länder, die sich geöffnet haben, wie sehr die offene Konkurrenz vitalisiert. Im Kontrast zu den offenen und kleinen Ländern Asiens zeigen einige große Länder Lateinamerikas, daß ein Abschließen und Abkoppeln das System im Innern erstarren läßt.

Die Geschichte der deutschen Wirtschaft liefert weitere Evidenz: das positive Lehrstück des Zollabbaus im Zollverein vor 150 Jahren, das Negativbeispiel des Korporativismus auf dem Weg von der Autarkie zur Zwangswirtschaft vor fünfzig Jahren und die wagemutige Liberalisierung nach 1948. Erhards Handstreich ist in seiner historischen Form zwar unwiederholbar, aber ein Prozeß in dieser Richtung läßt sich in Gang setzen, wenn man in strukturschwachen Regionen räumlich begrenzte Umkehr-Experimente wagt. Gemeint sind Zonen, in denen bestimmte Restriktionen der Wirtschaftsaktivität, die den Marktzugang versperren, versuchsweise aufgehoben werden - etwa das Ladenschlußgesetz oder Bestimmungen, die den Faktor Arbeit ungebührlich verteuern, oder zünftlerische Beschränkungen der Gewerbefreiheit. Die Literatur darüber schwillt an (Fußnote 4), und die Experimente in anderen Ländern, über die sie berichtet, sind ermutigend. Natürlich haben solche Zonen größerer Liberalität nicht nur aktivitätsanregende Wirkungen, sondern auch Verlagerungseffekte. Aber diese sind begrüßenswert, weil sie zeigen, was die Menschen in Abweichung vom Bestehenden wollen, und weil sie den Anstoß dazu geben können, die Liberalität räumlich auszuweiten. Wenn nach Rezepten gegen Eurosklerose gefragt wird, hier ist eines. Ökonomisch ist es recht und billig, weil es Menschen, die sonst ins Abseits gedrängt würden, Lebenschancen eröffnet. Aber für Politiker hat die Therapie sehr wohl einen Preis, vor allem für solche, die sich den kurzfristigen Interessen der etablierten Produzenten verpflichtet fühlen.

#### IV Chancen für Entwicklungsländer

24. Einem Liberalisierungszwang sollten sich, wenn es darum geht, den großen Stau in der Weltwirtschaft aufzulösen, auch die Schwellenländer – vor allem in Lateinamerika – nicht widersetzen dürfen. Soweit dies kurzfristig und sozialpolitisch mit Kosten verbunden ist, kann öffentliche Entwicklungshilfe zweckgerichtet gewährt werden. Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank wären gut beraten, wenn sie mehr auf Liberalisierung drängen würden als auf eine saldenorientierte Restriktionskur. Um den Export zu forcieren, muß man den Import erleichtern; und um mobile ausländische Ressourcen anzulocken, muß ein hoch verschuldetes Aufhollland sich erst einmal von dem Makel befreien, eine Kapitalfalle zu sein, also die Liberalisierung des Kapitalexports wagen. Kreditwürdigkeit läßt sich zurückgewinnen, indem man die wirtschaftlichen Eigentumsrechte wiederherstellt, für das Auslandskapital wie für das Inlandskapital. Als ultima ratio müßte importiertes Kapital, das vom Staat verwirtschaftet wurde, wohl von den Kreditgebern abgeschrieben werden, soweit diese von den Schuldner nicht erreichen können, daß sie die Bevölkerung durch Kürzen der konsumtiven Ausgaben und durch zusätzliche Steuern verstärkt belasten. Damit jedoch das Außenvertrauen möglichst nicht leidet, sollten die Regierungen außerdem, soweit sie Eigentumsrechte an inländischen Produktionsunternehmen halten, diese zuvor veräußern, um das Aufbringungsproblem für den internationalen Kapitaldienst, soweit möglich, auch auf diese Weise zu lösen, während die Gläubigerländer durch ihre Importliberalisierung das Transferproblem entschärfen. Es gäbe natürlich auch den

direkten Weg, den ausländischen Gläubigern Beteiligungen an Staatsunternehmen anzubieten; er ist nicht ausgeschlossen. Doch scheint es empfehlenswerter, den Umweg über den nationalen und internationalen Kapitalmarkt zu gehen, weil die Märkte dafür sorgen, daß die Aktiva zeitnah bewertet werden, und zwar in einer Weise, die offen und dezentralisiert ist und zudem frei von politischen Pressionen. Ähnlich könnten die Gläubigerbanken viel dazu beitragen, daß das Verschuldungsproblem entmystifiziert wird, indem sie ihre Forderungen an die einzelnen Staaten in Fonds einbringen, deren Zertifikate von jedem erworben werden können - unter pari, versteht sich, bis das betreffende Land wieder voll als vertrauenswürdig angesehen wird. Die Bewertung der einzelnen Länderrisiken auf dem Kapitalmarkt wäre wohl auch das beste Mittel, um das kollektive Interesse der Schuldner an einem Repudiationskartell wirksam zu schwächen. Denn sie gibt dem Vertrauenswürdigen eine größere Chance, sich schon in kurzer Zeit zu rehabilitieren.

25. Die neuen Technologien, die in den achtziger und neunziger Jahren ins Reifestadium gelangen, werden, so wage ich zu vermuten, auch den weniger entwickelten Ländern rasch zugute kommen, rascher als die kapital-, energie- und umweltintensiven Technologien, die die Entwicklung der Weltwirtschaft im dritten Quartal dieses Jahrhunderts prägten. Zugunsten dieser Hypothese sprechen folgende Gründe:

Erstens: Die Mechanisierung, die hinter uns liegt, lief darauf hinaus, menschliche und tierische Energie durch boden- und kapitalintensive Energie zu ersetzen. Dagegen sind die neuen

elektronischen Technologien, die in der Zeit des teuren Öls verstärkt entwickelt wurden, energiesparend und umweltfreundlich. Sie werden sich wohl zunehmend auch als kapitalsparend erweisen, zunächst dank der Skalen- und Lernerträge, aber auch unter dem Druck des hohen Niveaus der Realzinsen, das seit Beginn der achtziger Jahre das Denken und Handeln beherrscht. Doch kapitalsparend sind die Kommunikationstechnologien nur in Bezug auf das Sachkapital; zum Humankapital sind sie wahrscheinlich in hohem Maße komplementär, aber Kapital dieser Art zu bilden – durch Lehren und Lernen – sind viele zurückgebliebene Länder, vor allem in Asien, wohl eher fähig, als sie in der Lage wären, aus eigener Kraft so schnell vorgetane Arbeit in Form von Sachkapital bereitzustellen.

Zweitens: Mikroelektronik und Telekommunikation erlauben mehr Teilbarkeit und Dezentralisierung als Stahlwerke und Staudämme, Eisenbahnen und Kraftwerke. Dies gibt den Individuen, die leistungswillig sind, mehr Chancen als den schwerfälligen Großgebilden; und es gibt den peripheren Räumen, die gegenüber den Zentren im Rückstand sind, mehr Chancen als den Agglomerationen, und zwar national wie weltwirtschaftlich. So wie viele kleine Unternehmen sich in den U.S.A. (Birch 1984a) und anderswo im Westen im Elektronik- und Software-Bereich einklinken konnten, sollte sich auch das Unternehmerpotential in den Ländern der Dritten Welt künftig schneller nutzen lassen, als es im Zeitalter der Großmechanik möglich war. Vorbedingung ist allerdings, daß die peripheren Länder sich zum Prinzip der Offenheit bekennen, zum freien Marktzugang im Innern ebenso wie zum freien Außenhandel, auch mit jenen Ländern, in denen die Großunternehmen die



technisch-wissenschaftliche Grundlage für die vielen kleinen Unternehmen schaffen.

#### V Konsequenzen für die Wechselkurse

26. Wenn abschließend von den Konsequenzen für die realen Wechselkurse die Rede sein soll, so geht es weniger um kurzfristige Währungspolitik als um die längerfristige Relation zwischen der Rentabilität im Binnensektor und der Rentabilität im internationalen Sektor der einzelnen Länder. Ausgangsbasis und Referenzsystem ist eine Weltwirtschaft, die sich in einem möglichst gleichmäßigen Wachstum befindet und in der in allen Ländern gespart und investiert, neues technisches Wissen produziert oder/und importiert wird.

27. Normalerweise sollten in einem solchen System die Länder an der Spitze und im Zentrum am meisten von dem neuen Wissen produzieren und als reiche Länder mehr sparen als investieren, damit es von den reichen zu armen Ländern, vom Zentrum zur Peripherie, einen Strom von Wissen und von Kapital gibt, der dafür sorgt, daß sich das internationale Einkommensgefälle nicht verstärkt und auch die ärmsten Länder an Wachstum und Fortschritt teilhaben. Die Relation der Wechselkurse, die mit einem solchen System kompatibel ist, kann nicht vom Ausgleich der Leistungsbilanzen bestimmt sein. Vielmehr gehört zu diesem Wachstum mit Kapitalausgleich ein Wechselkurssystem, das den reichen Ländern einen Überschuß und den ärmeren Ländern ein Defizit in ihrer Leistungsbilanz erlaubt. Wer den Ausgleich der Leistungsbilanz als Kriterium nimmt, wird die Währung der

kapitalreichen Länder für unterbewertet, die der kapitalarmen für überbewertet halten.

28. Zu dieser wachsenden Weltwirtschaft gehört ein ständiger Strukturwandel, verbunden mit einer Verlagerung der Produktionsstandorte traditioneller Industriegüter von den reichen Ländern, die fortgeschritten sind und ständig neues Wissen produzieren, zu den ärmeren Ländern, die aufholen oder zumindest nicht zurückfallen wollen. Gemessen an den Produktionskosten dieser traditionellen Güter müssen die Aufholer attraktiv sein, also reale Wechselkurse haben, die ihnen einen Wettbewerbsvorteil in diesem Bereich verschaffen. Gemessen also an den Kosten traditioneller Industriegüter braucht die Weltwirtschaft ein Gefälle der realen Wechselkurse, das die reichen Länder überbewertet und die ärmeren Länder unterbewertet erscheinen läßt. Dieses Gefälle, das die Standortverlagerung in Gang bringt und hält, muß umso größer sein, je mehr Friktionen es gibt. Der Protektionismus in den reichen Ländern, der das Abwandern der traditionellen Produktionen behindern, wenn nicht verhindern soll, rechtfertigt demnach, daß die reichen Länder über den realen Wechselkurs noch mehr überbewertet sind, jedenfalls in diesem Sinne.

29. Der Dollar zum Beispiel müßte leistungsbilanzmäßig unterbewertet und kostenmäßig überbewertet sein, damit die Weltwirtschaft möglichst reibungslos wachsen kann. Beides ist miteinander vereinbar. Denn mit dem Abwandern der Produktion traditioneller Erzeugnisse kann ein Kapitalexport einhergehen, gleichsam ein Wandern des Sachkapitals an Standorte, an denen

dieses Realkapital rentabler ist. Man muß dies als ständigen Prozeß sehen, nicht als einen Zustand, der irgendwelchen statischen Gleichgewichtsnormen entspricht.

30. Zwei Fälle, die von diesem Gleichgewicht abweichen, erscheinen mir für die kurz- und mittelfristige Perspektive bedeutsam zu sein. Der eine Fall betrifft das Verschuldungsproblem. Länder, die überschuldet sind und Kreditfähigkeit zurückerlangen wollen, müssen sich verstärkt auf die Bedienung ihrer Auslandsschulden konzentrieren. Sie brauchen vorübergehend eine Währung, die im doppelten Sinne unterbewertet ist, also hohe Wettbewerbsfähigkeit für traditionelle Industriegüter gewährleistet und einen Überschuß in der Leistungsbilanz ermöglicht. Erst wenn sie wieder kreditfähig geworden sind, können sie sich ein Defizit in der Leistungsbilanz leisten. Entsprechend müssen in dieser Zeit die Gläubigerländer bereit sein, reale Ressourcen zu importieren, damit der Realtransfer gelingt und das Reparationsdilemma der Zwischenkriegszeit vermieden wird. Insoweit ist es angemessen, daß der Dollar gegenwärtig so hoch bewertet ist, daß die Leistungsbilanz der U.S.A. ein Defizit aufweist und die traditionellen Industriebereiche in den U.S.A. verstärkt unter Druck stehen.

31. Der andere Fall ist der einer nachhaltigen Beschleunigung der weltwirtschaftlichen Entwicklung von der Spitze her. Ein Land an der Spitze beschleunigt in dem Maße, in dem bei ihm die Grenzleistungsfähigkeit der Investitionen steigt. Auslöser dafür können im technischen Fortschritt liegen, in einer Anpassung

der Reallöhne nach unten, in einer Steuersenkung, die den Investitionen zugute kommt, und natürlich erst recht in einer Kombination dieser drei Umstände. Das Vorreiter-Land wird zu einem Magneten auf dem internationalen Kapitalmarkt und hat deshalb, gemessen an der Leistungsbilanz, aber auch an anderen Kriterien einschließlich der Kaufkraftparität, eine Währung, die überbewertet erscheint. In dieser Situation befinden sich derzeit wohl die U.S.A.; zumindest im Vergleich zu Europa, weniger vielleicht im Verhältnis zu Japan. Wenn man die Lage mit einer keynesianischen Brille betrachtet, erscheint sie höchst fragil. In einer Sicht, die auf die Nachfrage gerichtet ist, wird nur das Haushaltsdefizit als Motor erkannt. Sein Abbau ließe auch den Dollar absacken. Die andere Brille, die auf die Rentabilität der Investitionen und die Elastizität des Angebots abstellt und die ich einmal die Schumpeter'sche nennen möchte, läßt eine solche Labilität nicht erkennen. Der Vorreiter wird solange Kapital attrahieren, wie er bessere Investitionschancen bietet. Anders ausgedrückt: es müssen die Nachzügler ihrerseits die Grenzleistungsfähigkeit der Investitionen erhöhen, um ihren realen Wechselkurs gegenüber dem Dollar steigen zu lassen. Was Europa anlangt, so scheint mir - wie gesagt - der time-lag gegenüber den U.S.A. im Hinblick auf die Anpassungsfähigkeit des Arbeitsmarktes und auf ein technik- und investitionsfreundliches Klima gut ein halbes Jahrzehnt auszumachen. Japan ist da in einer besseren Situation. Was dies für die realen Wechselkurse in den nächsten Jahren ausmacht, läßt sich erraten.

32. Die Sicht durch die Schumpeter'sche Brille, die mir die Welt verständlich erscheinen läßt, muß nicht die absolut richtige sein. Nur die Geschichte der nächsten Jahre kann zeigen, wer für die Perspektiven der Weltwirtschaft das bessere Paradigma hat.

Fußnote 1: Die Kapitalrendite war in der Industrie der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1970 (nach Abzug der Körperschaftsteuer) mit 9,5 Prozent etwa genauso hoch wie in den U.S.A. (9,3 Prozent). Während sie in den U.S.A. 1982 erneut dieses Niveau erreichte, blieb sie in der Bundesrepublik mit 4,5 Prozent weit dahinter zurück (Trade Policy Research Centre 1984). Daß Sachinvestitionen in der Bundesrepublik stark an Rentabilität verloren haben, wird besonders deutlich, wenn man die Unternehmenserträge um die inflationsbedingten Scheingewinne bereinigt. Die Rendite aus Sachinvestitionen liegt derzeit nur wenig über dem Realzins festverzinslicher Wertpapiere. Sie deckt nur zum Teil das zusätzliche Ertragsrisiko der Sachinvestitionen ab (Dicke und Trapp 1984).

Fußnote 2: Europas Rückstand in diesem Bereich läßt sich daran erkennen, daß der Exportüberschuß, den die E.G. bei Produkten der Hochtechnologie noch 1978 erzielte (U.S. Dollar 500 Mill.), 1982 einem hohen Defizit (von U.S. Dollar 10 Milliarden) gewichen ist (Time Magazine, July 16, 1984).

Fußnote 3: Optimisten sehen in neuen Mikroorganismen, die aus organischen Rohstoffen hochwertige Proteine gewinnen, einen weiteren wichtigen Faktor, der Malthus widerlegt, nachdem bereits in der Vergangenheit u. a. die geographische Ausweitung der Weizenfelder in Amerika und Australien sowie das Haber-Bosch-Verfahren, das es ermöglicht, Stickstoff für Dünger aus der Luft zu ziehen, den malthusianischen Pessimismus entkräftet haben. Dies kann insbesondere vielen Entwicklungsländern zugute kommen. Der Energiebedarf der Welt kann künftig zum Teil mit Hilfe der

Biotechnologie gedeckt werden, vor allem, wenn es der Forschung gelingen sollte, den Prozeß der Photosynthese direkt und rentabel als Energiequelle zu nutzen. Als weitere große Anwendungsbereiche zeichnen sich die chemische und pharmazeutische Industrie (Medikamente gegen Viren, Tumor- und Stoffwechselerkrankungen) sowie der Umweltschutz (neue Klärtechniken) ab (Rehm 1982).

Fußnote 4: Siehe u.a. Butler (1981), Currie (1979), Grubel (1984), Hamilton und Svensson (1982), Lorot (1984), Ping (1979), Spinanger (1984), Wall (1976).

# Literaturverzeichnis

Balassa, Bela, The Economic Consequences of Social Policies in the Industrial Countries. Bernhard Harms-Vorlesung Nr. 11 am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. In: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 120, Heft 2, Tübingen 1984, S. 213 - 227.

Birch, David (1984a), The Contribution of Small Enterprises to Growth and Employment. In: Herbert Giersch (Hrsg.), New Opportunities for Entrepreneurship. Symposium 1983, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Tübingen 1984, S. 1 - 17.

Birch, David (1984b), Wer wagt, gewinnt. Multinationale Konzerne (III). In: Wirtschaftswoche Nr. 11, 9.3.1984, S. 52 - 57.

Butler, Stuart M., Enterprise Zones, Washington 1981.

Currie, J., Investment: The Growing Role of Export Processing Zones. Economist Intelligence Unit Special Report No. 64, London 1979.

Dicke, Hugo, Peter Trapp, Zinsen, Gewinne, Nettoinvestitionen. Zu den Bestimmungsfaktoren der Sachvermögensbildung westdeutscher Unternehmen. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 99, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Juni 1984.



Duesenberry, James S., Income-Consumption Relations and Their Implications. In: Income, Employment, and Public Policy. Essays in Honor of Alvin H. Hansen, 1948. Reprinted in: M.G. Mueller (Ed.), Readings in Macroeconomics, New York et al. 1966, S. 61 - 76.

Emerson, Michael, Europe on the Mend? Commission of the European Communities, July 1984.

Feyerabend, Paul K., Against Method. Outline of an Anarchistic Theory of Knowledge, London 1975.

Giersch, Herbert, The Age of Schumpeter. In: American Economic Review, Vol. 74, No. 2, May 1984, S. 103 - 109.

Giersch, Herbert, Die Rolle der reichen Länder in der wachsenden Weltwirtschaft. In: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 116, Heft 3, Bern 1980, S. 301 - 320.

Grubel, Herbert G., Free Enterprise Zones in Economic Development. In: Herbert Giersch (Hrsg.), New Opportunities for Entrepreneurship. Symposium 1983, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Tübingen 1984, S. 222 - 235.

Hamilton, Carl, Lars E.O. Svensson, On the Welfare Effects of a Duty-Free-Zone. In: Journal of International Economics, Vol. 13, 1982, S. 45 - 64.

Hausman, Jerry, Income and Payroll Tax Policy and Labor Supply. In: The Supply Side Effects of Economic Policy. Proceedings of the 1980 Economic Policy Conference, Federal Reserve Bank of St. Louis 1981, S. 173 - 202.

Heller, Walter W., New Dimensions of Political Economy, Cambridge/Mass. 1966.

Kuhn, Thomas S., The Structure of Scientific Revolution, 1st ed., Chicago 1962.

Lorot, Pascal, Les Zones Franches. Editions de l'Institut Economique de Paris, Centre Francais d'Etudes et de Recherches sur les Zones de Liberte Economique, 1984.

McCloskey, Donald N., The Rhetoric of Economics. In: The Journal of Economic Literature, Vol. 21, June 1983, S. 481 - 517.

Menger, Carl, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wien, 1871.

Moore, Geoffrey, in: Economic Impact No. 45, 1/1984, S. 6.

Ping, Ho Kwon, Birth of the Second Generation of Free Trade Zones.  
In: Far Eastern Economic Review, Vol. 104, No. 20, 1979,  
S. 76 - 80.

Rehm, Hans Jürgen, The Economic Potential of Biotechnology.  
In: Herbert Giersch (Hrsg.), Emerging Technologies:  
Consequences for Economic Growth, Structural Change, and  
Employment. Symposium 1981, Institut für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel, Tübingen 1982, S. 257 - 282.

Schultze, Charles L., Cross-Country and Cross-Temporal Differences  
in Inflation Responsiveness. In: American Economic Review,  
Vol. 74, No. 2, May 1984, S. 160 - 165.

Schumpeter, Joseph A., Business Cycles. A Theoretical, Historical,  
and Statistical Analysis of the Capitalist Process, Vol. 2,  
New York, London 1939.

Spinanger, Dean, Objectives and Impact of Economic Activity Zones.  
Some Evidence from Asia. In: Weltwirtschaftliches Archiv,  
Bd. 120, Heft 1, Tübingen 1984, S. 64 - 89.

Trade Policy Research Centre, Special Report No. 5, A Europe Open  
to the World. A Report on Protectionism and the European  
Community, London 1984.

Wall, David L., Export Processing Zones. In: Journal of World Trade Law, Vol. 10, 1976, pp. 478 - 498.